

29.03.2010

Pressemitteilung

Merkels Einseitigkeit zur Integration

Mit ihrem kurz vor ihrer Türkeireise verbreiteten Aufruf an die in Deutschland lebenden Türken, sich besser zu integrieren und die deutsche Sprache zu lernen, macht es sich Bundeskanzlerin Merkel nach Ansicht von Gerd Pflaumer, Vorstandsmitglied von **AKTIONCOURAGE e.V.-SOS Rassismus**, mit dem sensiblen Thema Integration zu einfach. Der Verdacht dränge sich auf, dass Merkel dabei die NRW-Landtagswahl im Hinterkopf gehabt habe, denn es gäbe in Deutschland niemanden mehr, der die Bedeutung der Erlernung der deutschen Sprache für die Integration ernsthaft in Abrede stellt.

Da Integration keine Einbahnstraße sein soll, worüber ebenfalls große Einigkeit bestehe, hätte man in diesem Kontext von der Kanzlerin erwarten können, dass sie nicht nur einseitige Forderungen an Migranten richte, sondern auch darüber spreche, was von Seiten der Politik und der Mehrheitsgesellschaft zur Förderung von Integration noch alles getan werden müsse.

An vorderster Stelle wäre von Merkel gerade vor einem Türkei-besuch eine deutliche Distanzierung von der auch in Deutschland in erschreckendem Maß um sich greifenden Islamophobie fällig gewesen, die – wie die teilweise hasserfüllten und rassistischen Kommentare in Leserbriefen und vor allem im Internet in Zusammenhang mit dem Sarrazin-Interview und dem Minarettverbot in der Schweiz zeigten – nicht nur von Rechtsextremen wie pro NRW angefeuert werde, sondern bis weit in die bürgerliche Mitte reiche. „Rassisten sind eine Gefahr, nicht Muslime“ laute zu recht die Überschrift einer von vielen prominenten Persönlichkeiten anlässlich des Antirassismustags 2010 unterzeichneten Erklärung des DGB, von Pro Asyl und vom Interkulturellen Rat.

Weitere von zivilgesellschaftlichen Organisationen seit langem erhobene Forderungen seien die nachhaltige Bekämpfung der vor allem in der Arbeitswelt und auf dem Wohnungsmarkt immer wieder nachgewiesenen alltäglichen Diskriminierung, Erleichterungen bei der Einbürgerung, die Abschaffung des Optionszwangs im Staatsangehörigkeitsrecht, die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Migranten, eine großzügige Bleiberechtsregelung nebst einer Verhinderung von Kettenduldungen und ein den Menschenrechten entsprechender Umgang mit Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus.

AKTIONCOURAGE e.V. -
SOS Rassismus
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel. 0228 – 21 30 61
Fax 0228 – 26 29 78
info@aktioncourage.org
www.aktioncourage.de

Vorstand:

Bernhard von Grünberg
(Vorsitzender)
Brigitte Erler
Klaus Gabrielli
Dr. Heiner Geißler BM a.D.
Gudrun Graichen-Drück
Heiko Kauffmann
Sanem Kleff
Dr. Gerd Pflaumer
Sybille von Stocki
Klaus Stoltenberg

Kuratorium:

Marianne Birthler
Dr. Norbert Blüm BM a.D.
Dr. Nadeem Elyas
Maybrit Illner
Prof. Barbara John
Dr. Sabine Leutheusser-
Schnarrenberger MdB
Cem Özdemir
Dr. Edzard Reuter
Prof. Hansjürgen Rosenbauer
Dr. Herbert Schnoor
Dr. Monika Wulf-Mathies

AKTIONCOURAGE
wird unterstützt u.a. von:
Franziska van Almsick
Dr. Franz Alt
Dirk Bach
Dieter Baumann
Dr. Alfred Biölek
Renan Demirkan
Dr. Klaus von Dohnanyi
Johannes B. Kerner
Brothers Keepers
Jürgen von der Lippe
Xavier Naidoo
Die PRINZEN
SMUDO, Die Fantastischen Vier
Günter Wallraff

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 370 205 00
Konto 7097 400

AKTIONCOURAGE e.V.
ist Mitglied im DPWW